

Dr. Stephan Eisel
An der Vogelweide 11
53229 Bonn
stephan.eisel@gmx.net
(29. März 2017)

Wahlbeteiligung im Aufwind

Wellenbewegung statt ständiger Rückgang

Die Teilnahme an Wahlen ist die Königsdisziplin der Bürgerbeteiligung in einer freiheitlichen Demokratie. Keine andere Beteiligungsplattform wird von so vielen Menschen genutzt, keine hat ähnlich gravierende Folgen für das Gemeinwesen. Die saarländische Landtagswahl am 26. März zum Auftakt in das Bundestagswahljahr 2017 hat mit einem deutlichen Anstieg der Wahlbeteiligung den Blick auf eines der am meisten verbreiteten Klischees über Wahlen in Deutschland gelenkt: Seit Jahren gehört es nämlich zu den Mantras der Wahlberichterstattung, eine ständig zurückgehende Wahlbeteiligung zu behaupten. Diese These hält sich ebenso hartnäckig wie sie falsch ist: So ist bei den letzten sechs Landtagswahlen die Wahlbeteiligung immer gestiegen, und zwar durchschnittlich um bemerkenswerte acht Prozent.

Datum	Land	Wahlbeteiligung	Differenz zur Vorwahl
26.03.2017	Saarland	69,7	+ 8,1
18.09.2016	Berlin	66,9	+ 6,7
04.09.2016	Mecklenburg-Vorpommern	61,1	+ 10,3
13.03.2016	Sachsen-Anhalt	61,1	+ 9,9
13.03.2016	Rheinland-Pfalz	70,3	+ 8,5
13.03.2016	Baden-Württemberg	70,4	+ 4,2

Dieser anhaltende Anstieg der Beteiligung an Landtagswahlen hat übrigens nichts zu tun mit dem Wechsel an der Spitze der SPD Anfang 2017 zu tun.

Auch eine langfristige Analyse zeigt seit der Wiedervereinigung keinen kontinuierlichen Rückgang der Beteiligung an Landtagswahlen, sondern eine Wellenbewegung. Addiert man nämlich die Zahl der tatsächlichen Wähler im jeweiligen Wahljahr und setzt sie in Beziehung zur Zahl der Stimmberechtigten, kann man die Verzerrungen ausgleichen, die sich durch den Vergleich der Prozentzahlen von Bundesländern völlig unterschiedlicher Größe ergibt. Um Verfälschungen durch Sondereffekte auszuschließen, sind dabei auch die Landtagswahlen auszunehmen, die mit Bundestagswahlen zusammenfallen.

In den 26 Wahljahren seit der Wiedervereinigung hat dabei die Wahlbeteiligung gegenüber dem Vorjahr in 12 Fällen zugenommen und in 14 Fällen abgenommen. Durchschnittlich lag sie bei Landtagswahlen seit 1991 bei 62,2 Prozent (Alte Bundesländer incl. Berlin: 66,3 Prozent / Neue Bundesländer 56,6 Prozent). Bei elf der 26 Landtagswahlen seit 1991 lag in die Wahlbeteiligung in einer +/- 3 Prozent Schwankungsbreite von +/- 5 Prozent um diesen Mittelwert. Auffällig ist allerdings eine enorme Spannungsbreite zwischen dem Rekordwert von 71,4 Prozent 1998 bzw. 71,2 Prozent 1991 und 49,6 Prozent 2014. Ohne diese untypischen Ausschläge ergibt sich aber über ein Vierteljahrhundert ein stabiles Bild der Beteiligung an Landtagswahlen:

	Beteiligung an Landtagswahlen, die nicht mit Bundestagswahlen zusammenfielen	Wahlbet.	Alte Bundesl. Incl. Berlin	Neue Bundesl.
1991	Hessen / Rheinland-Pfalz / Hamburg / Bremen	71,2 %	71,2%	
1992	Baden-Württemberg / Schleswig-Holstein	70,5 %	70,5%	
1993	Hamburg	69,6 %	69,6%	
1994	Nieders. / Sachsen-Anhalt / Brandenb. / Sachsen / Bayern	65,5 %	70,0%	56,8%
1995	Hessen / Bremen / NRW / Berlin	65,1 %	65,1%	
1996	Baden-Württemberg / Rheinland-Pfalz / Schleswig-Holstein	69,0 %	69,0%	
1997	Hamburg	68,7 %	68,7%	
1998	Niedersachsen / Sachsen-Anhalt / Bayern	71,4 %	71,4%	71,4%
1999	Hess. / Bremen / Saarl. / Brandenb. / Sachsen / Thür. / Berlin	62,6 %	66,0%	58,9%
2000	Schleswig-Holstein / NRW	58,5 %	58,5%	
2001	Baden-Württemberg / Rheinland-Pfalz / Hamburg / Berlin	64,2 %	64,2%	
2002	Sachsen-Anhalt	56,4 %		56,4%
2003	Hessen / Niedersachsen / Bremen / Bayern	61,8 %	61,8%	
2004	Hamburg / Thüringen / Saarland / Brandenburg / Sachsen	58,5 %	63,3%	57,2%
2005	Schleswig-Holstein / NRW	63,5 %	63,5%	
2006	Ba-Wü / Rheinland-Pfalz / Sachsen-Anhalt / Berlin / Meck-	54,3 %	55,3%	50,3%
2007	Bremen	57,5 %	57,5%	
2008	Hessen / Niedersachsen / Hamburg / Bayern	57,9 %	57,9%	
2009	Hessen / Saarland / Thüringen / Sachsen	57,7 %	62,0%	53,5%
2010	NRW	59,3 %	59,3%	
2011	Hamburg / Sachsen-Anhalt / Ba-Wü/ Rheinland-Pfalz /	61,0 %	63,2%	51,3%
2012	Saarland / Schleswig-Holstein / NRW	60,0 %	60,0%	
2013	Niedersachsen / Bayern	62,1 %	62,1%	
2014	Sachsen / Thüringen / Brandenburg	49,6 %		49,6%
2015	Hamburg / Bremen	54,7 %	54,7%	
2016	Ba-Wü/ Rheinland-Pfalz / Sachsen-Anhalt / Meck-Pom /	68,3 %	69,7%	61,3%
	Durchschnitt 1991 - 2016	62,0%	66,3%	56,6%

Wenn sich dennoch der Eindruck einer ständig sinkenden Wahlbeteiligung verfestigt hat, liegt das vor allem an den letzten beiden Bundestagswahlen. Sie fallen mit 70,8 Prozent bzw. 71,5 Prozent bei der Wahlbeteiligung gegenüber den Bundestagswahlen seit Wiedervereinigung deutlich ab. Dabei ist übrigens durchaus auffällig, dass die Wahlbeteiligungsschere zwischen alten und neuen Bundesländern bei den Landtagswahlen deutlich höher ist als bei Bundestagswahlen.

Wahljahr	Beteiligung an Bundestagswahlen	Alte Bundesländer incl.	Neue Bundesländer
1990	77,8%	78,6%	74,5%
1994	79,0%	80,5%	72,6%
1998	82,2%	82,8%	80,1%
2002	79,1%	80,6%	72,8%
2005	77,7%	79,2%	74,7%
2009	70,8%	72,2%	64,7%
2013	71,5%	72,4%	67,7%
Durchschnitt	76,8%	78,0%	72,4%

Wahlstrategen haben den Einbruch der Wahlbeteiligung bei den letzten beiden Bundestagswahlen mit dem Begriff „asymmetrische Demobilisierung“ beschrieben und damit den Eindruck erweckt, es handle sich um eine von ihnen bewusst herbeigeführte Entwicklung. Wahrscheinlicher ist, dass die mangelnde Machtperspektive der SPD-Kanzlerkandidaten Steinmeier und Steinbrück demobilisierend wirkte, ohne dass dies durch Wahlkampfstrategien beeinflussbar war. Wenn es bei Wahlen „um etwas“ geht, wenn es je nach Sichtweise die Chance oder Gefahr eines Machtwechsels als konkret empfunden wird, steigt auch die Mobilisierung – und damit die Herausforderung für die Parteien, Menschen von sich zu überzeugen.